



DER KONFLIKT UM DIE PARLAMENTS AUFLÖSUNG

- | | |
|---|---|
| ■ ANALYSE | |
| Krisenbewältigung auf ukrainisch: Einigung ohne Kompromiss?
Von Nico Lange, Kiew | 2 |
| ■ DOKUMENTATION | |
| Die aktuelle politische Stimmung der ukrainischen Bevölkerung | 6 |
| <hr/> | |
| ■ CHRONIK | |
| Vom 7. bis zum 21. Mai 2007 | 9 |

*Die nächste Ukraine-Analyse erscheint am 12. Juni 2007.
Thema werden die ukrainisch-polnischen Beziehungen sein.*



Analyse

Krisenbewältigung auf ukrainisch: Einigung ohne Kompromiss?

Von Nico Lange, Außenstelle Kiew der Konrad-Adenauer-Stiftung

Zusammenfassung

Nach der Krise ist bekanntlich vor der Krise. Politik und Gesellschaft der Ukraine leiden inzwischen seit Jahren periodisch unter von den politischen Eliten herbeigeführten krisenhaften Zuspitzungen der Machtkonflikte. Mit der Auflösung des Parlaments durch Präsident Viktor Juschtschenko und der Ansetzung von Neuwahlen erreichten die Auseinandersetzungen kürzlich einen neuen Höhepunkt. Trotz langwieriger Verhandlungen zur Auflösung der Pattsituation zeigen sich die Konfliktparteien bisher kaum dazu bereit, von ihren Positionen abzurücken. Die Entwicklung der Kompromissfähigkeit der ukrainischen politischen Eliten vollzieht sich langsam und schmerzvoll.

Der bisherige Verlauf der Krise

Entfesselt wurde die jetzige Krise durch den Erlass des Präsidenten vom 02. April 2007, mit dem Juschtschenko das Parlament auflöste und vorgezogene Neuwahlen für den 27. Mai ansetzte. Vorher bewerkstelligte die regierende Koalition aus Partei der Regionen, Sozialisten und Kommunisten zahlreiche Wechsel von Oppositionsabgeordneten ins Regierungslager und kündigte öffentlich bereits vollmundig an, auf diese Weise eine verfassungsändernde Mehrheit von 300 Abgeordneten zustande zu bringen. In Reaktion darauf verkündete Präsident Juschtschenko seinen verfassungsrechtlich streitbaren Erlass.

Die Regierungskoalition verweigerte die Auflösung des Parlaments, der Werchowna Rada, und 53 Abgeordnete reichten Verfassungsklage ein. Das Verfassungsgericht nahm die Klage an und beriet ab dem 17. April täglich. Während der Sitzungen wurden schwerwiegende Korruptionsvorwürfe gegen die berichterstattende Richterin Susanna Stanik erhoben. Die Opposition sprach dem Gericht die Unabhängigkeit ab und war bemüht, den Konflikt mit neuerlichen Massenaktionen aus dem Gerichtssaal wieder auf die Straße zu tragen.

Am 26. April unterzeichnete Juschtschenko einen weiteren Präsidialerlass. Er annullierte das Dokument vom 02. April, löste das Parlament erneut auf und setzte den Termin für die Neuwahlen nunmehr auf den 24. Juni fest. Juschtschenko reagierte damit zum einen auf die unter anderem auch durch den Europarat geäußerte Kritik, dass der Termin im Mai eine zeitgerechte Vorbereitung der Wahlen und eine Chancengleichheit der Parteien nicht garantieren könne. Zum anderen entzog er mit der Annullierung dem Verfassungsgericht den Verhandlungsgegenstand. Auch gegen den Erlass vom 26. April reichten die Parlamentarier der

Regierungskoalition bereits wieder Verfassungsklage ein.

Das ukrainische Verfassungsgericht wurde durch die Krise mittlerweile jedoch stark beschädigt. Hatte es in den Monaten vorher die Chance verpasst, sich durch Urteilsfindung in einem der zahlreichen bereits vorliegenden Verfahren als politische und moralische Letztinstanz zu etablieren, steht es nunmehr gänzlich ohne Autorität da. Präsident Juschtschenko entließ innerhalb des vergangenen Monats insgesamt drei Richter per Erlass, die sich jedoch aufgrund des fragwürdigen Urteils eines Provinzgerichts weiter im Amt sehen. Nachdem schließlich auch noch der vorsitzende Richter Iwan Dombrowskij zurücktrat, übernahm der eigentlich vom Präsidenten entlassene Verfassungsrichter Waleri Pschenitschni jetzt sogar den Vorsitz des Gremiums. Eine Entscheidung dieses Verfassungsgerichts wird auf keinerlei Akzeptanz stoßen und scheidet als Möglichkeit der Konfliktlösung aus.

Während des gesamten Verlaufs der Krise bestanden bisher, trotz immer neuer Verschärfungen der Situation, gut funktionierende Kommunikationsmechanismen zwischen Präsident und Premier. Eine Einigung schien bereits mehrfach möglich, nachdem Viktor Janukowitsch Zugeständnisse in allen strittigen Punkten, abgesehen von den Neuwahlen, angekündigt hatte. Es entstand jedoch der Eindruck, dass insbesondere der, mittlerweile als „Kriegspartei“ bezeichnete, engere Kreis der Präsidialadministration, sich mit einer Lösung nicht zufrieden geben wollte, die keine Neuwahlen beinhaltet.

Am 04. Mai vollzog sich dann eine erste Wende: Premier Janukowitsch stimmte nach einem erneuten Gespräch mit Juschtschenko öffentlich den Neuwahlen zu. Eine Arbeitsgruppe aller Parlamentsfraktionen erarbeitet seitdem Vorlagen für

den nötigen gesetzlichen Rahmen. Das Parlament soll nach Abschluss der Vorarbeiten dann in einer letzten gemeinsamen Sitzung diese Gesetze zusammen mit der Selbstauflösung beschließen, um den Weg für Neuwahlen zu ebnen.

Was zunächst nach einem vernünftigen Ausweg klang, scheiterte jedoch an der offensichtlichen Unreife und Kompromissunfähigkeit der beteiligten Politiker. Das sogenannte „große Paket“ einer Klärung der Verfassungsgrundlagen, Machtverteilung und Abgrenzung der Kompetenzen zwischen Präsident und Parlament noch vor den Neuwahlen erwies sich stante pede als unerreichbar. Die Verhandlungen konzentrieren sich seitdem auf ein „kleines Paket“. Es beinhaltet ergänzende Regelungen zum Wahlgesetz und zur Wahlfinanzierung, ein Gesetz über das imperative Mandat und die gemeinsame Festlegung eines Wahltermins.

Zentrale Konfliktpunkte der laufenden Verhandlungen

Es ist weitgehend unstrittig, dass Präsident Juschtschenko mit der Auflösung des Parlaments die Notbremse zog, um die verfassungsändernde Mehrheit der Regierungskoalition und die drohende Abschaffung des Präsidentenamtes zu verhindern. Im Lager der Partei der Regionen gibt man mittlerweile auch unumwunden zu, dass das Prahlen mit der baldigen Verfassungsmehrheit ein eklatanter Fehler war.

Aus dem Präsidentenpalast vernimmt man aber zusätzlich auch geradezu metaphysische Begründungsmuster für das Verhalten in der Krise. Juschtschenko vollzieht die Auflösung des Parlaments nach eigener Aussage als „Abschreckungs- und Erziehungsmaßnahme“. Nach seiner Logik wird das Parlament durch die Erfahrung der eigenen Auflösung künftig von den Krankheiten der häufigen Fraktionswechsel und der politischen Korruption geheilt sein.

Ein weiterer Aspekt hat außerdem im Verlauf der Krise an Bedeutung gewonnen. Die harte Hand des Präsidenten wird von den Wählern honoriert. Die öffentliche Zustimmung zu seiner Person und zur Partei Nascha Ukraina wuchs in den Wochen des Konflikts ständig an. Für Juschtschenko stehen damit einerseits die Ziele der Durchsetzung des imperativen Mandats, der Festigung der Fraktionen und die Stärkung seiner eigenen Partei im Vordergrund. Andererseits geht es aber auch um die Verankerung seiner persönlichen Machtposition und eine überhöhte Selbstpositionierung als alleinigem „Wächter“ der ukrainischen Demokratie.

Für seine Gegenspieler in der Regierungskoalition kommt es vor allem darauf an, unter allen Umständen

einen Präzedenzfall zu vermeiden. Natürlich wird die Partei der Regionen auch aus vorgezogenen Wahlen als stärkste Kraft hervorgehen. Elementar wichtig ist für Janukowitsch aber, dass diese Wahlen ausschließlich durch Selbstauflösung der Rada und durch eigenes Einverständnis rechtlich herbeigeführt werden können und somit eine einmalige Ausnahme darstellen. Der Faktor der nötigen Gesichtswahrung ist für Janukowitsch außerdem nicht zu unterschätzen. Auch in seiner Heimatbasis Donezk erwartet man in erster Linie Stärke von politischen Führern. Eine zweite offensichtliche Niederlage gegen Juschtschenko wäre für die Basis der Partei der Regionen schädlich. Ein Wahltermin, der entkoppelt von der aktuell starken Position des Präsidenten liegt und in der Zwischenzeit wieder Möglichkeiten für eigenes Agieren eröffnet, wäre demzufolge für die Regierungskoalition wünschenswert.

Maximalforderungen, extreme Rhetorik und Anwendung aller Hebel

Vor dem Hintergrund dieser Positionen vollzieht sich das fast schon klassische Modell ukrainischer „Kompromissbildung“. Statt konstruktiv und offen am oft beschworenen runden Tisch nach Lösungen zu suchen, tauschen die Protagonisten vor allem Phrasen und Anschuldigungen aus. Zeitgleich mobilisieren sie alle zur Verfügung stehenden administrativen Ressourcen außerhalb der Verhandlungsrunde, um die gegnerische Partei unter Druck zu setzen und zum Einlenken zu zwingen.

Präsident Juschtschenko bringt nach den Präsidialerlassen und den Entlassungen von Verfassungsrichtern dabei zuletzt den Nationalen Sicherheitsrat als ultima ratio in Stellung. Seine Signale sind deutlich: Sollte eine Einigung nicht zügig herbeigeführt werden, könne der Nationale Sicherheitsrat die Regierung entlassen und zur Auflösung der Krise bis zu den Neuwahlen selbst die Amtsgeschäfte übernehmen.

Janukowitsch unternimmt unterdessen Versuche zur Reanimierung des Verfassungsgerichts, um doch noch eine Entscheidung gegen die Erlasse des Präsidenten zu erwirken und die eigene Verhandlungsposition zu stärken. Auch die öffentlichen Proteste der bezahlten Anhänger in Kiew wurden neu mobilisiert, nachdem die betreffenden Bühnen Anfang Mai bereits abgebaut und der Busverkehr eingestellt worden waren.

Schwierige intervenierende Akteure

Erschwert werden die Einigungsprozesse zusätzlich durch intervenierende Akteure. Obwohl Julia

Timoschenko sich im Konflikt seit Wochen mit einer Nebenrolle abfinden muss, zeigte sich ihre Fraktion in der Arbeitsgruppe bemüht, hoch zu eskalieren. Fortwährend drohte BJUT mit einem Abbruch der Verhandlungen und rief den Präsidenten zur autoritären Durchsetzung seiner Positionen auf. Ähnlich verhält sich auch der zuletzt deutlich im Aufwind befindliche Juri Luzenko, der mit populistischer Agitation die Krise der Eliten und die durch die Sozialisten hinterlassene Leerstelle für sich auszunutzen sucht. Absolut destruktiv verhält sich die Kommunistische Partei um Petro Simonenko, die in der aktuellen Situation Neuwahlen für 2009 vorschlug und kürzlich seine Unterschrift unter dem „Pakt der Nationalen Einheit“ annullierte. Mit Gesprächspartnern wie diesen sind die Verhandlungen in der Arbeitsgruppe kein leichtes Unterfangen.

Eine der momentanen Schlüsselfiguren ist Parlamentssprecher Olexander Moros. Einige Beobachter behaupten sogar, die drastische Eskalation des Konflikts sei ein verwegener „Moros-Plot“, mit der dieser Ambitionen auf das Präsidentenamt geltend machen wolle. In jedem Fall hat Moros in der aktuellen Situation ein Interesse daran, die Krise endlos auszudehnen – und auch viele Möglichkeiten dazu. Zuletzt kündigte er an, selbst das „kleine Paket“ der Einigungen der Arbeitsgruppe noch einmal aufzuschürren zu wollen. Es seien gesonderte Lesungen und Abstimmungen für jede einzelne Gesetzesänderung nötig. Unterstützung erhält Moros von zahlreichen Abgeordneten, nicht nur aus seiner sozialistischen Partei. Diese Abgeordneten wollen längstmöglich ihre weitreichende Immunität bewahren und die Zeit bis zu den Neuwahlen intensiv zum eigenen materiellen Vorteil nutzen. Insbesondere die zahlreichen Fraktionswechsler, die damit rechnen müssen, künftig auf keiner Liste mehr aufgestellt zu werden, haben ein großes Interesse an einer Verschleppung des Einigungsprozesses.

Juschtschenko und Janukowitsch müssen bei einer Einigung auch ihren jeweiligen Bündnispartner in den Griff bekommen. Selbst wenn die Hauptkontrahenten sich einigen, besteht die Gefahr, dass Nebenakteure den Versuch unternehmen, Kompromisse zu torpedieren. Früher oder später wird man vor allem Moros Angebote bis hin zur Aufnahme der Sozialisten auf der Wahlliste der Partei der Regionen unterbreiten müssen, um den Weg für die Durchsetzung einer Einigung zu ebnen.

Profiteure der permanenten Krise

Nicht übersehen sollte man die signifikante Eigenlogik der politischen Krise in der Ukraine.

Im Schatten der Kiewer Auseinandersetzungen nutzen viele der Akteure in Politik und Wirtschaft gesetzgeberische Leerstellen und die Lähmung von Legislative und Exekutive konsequent aus. Das gilt für die derzeit laufende „zweite Bereicherungswelle“ auf dem Gebiet der Immobilien und Bauflächen ebenso wie für ausufernde feindliche Übernahmen von Unternehmen. In den Staatsverwaltungen auf kommunaler und regionaler Ebene ist man außerdem nicht allzu unglücklich über die wirksame Ablenkung der Aufmerksamkeit von den eigenen Problemen. Die Krise bietet ein hervorragendes Alibi für eigene Untätigkeit und die Ablehnung von Entscheidungen unter Berufung darauf, dass „man erst abwarten müsse, was in Kiew passiere“.

Auch das Mediensystem der Ukraine hat sich bequem in der Dauerkrise mit den stark personalisierten Auseinandersetzungen eingerichtet. Die Kiewer Eskapaden garantieren, ähnlich wie ein großes Sportereignis, einen anhaltend hohen Aufmerksamkeitsfaktor und damit Erlöse auf dem schnell wachsenden Werbemarkt der Ukraine. Käme der Konflikt zu einem abrupten Ende, entstünden durchaus signifikante Leerstellen und Einkunftsverluste.

Wahrscheinliche Szenarien

Der aktuelle Stand der Dinge macht zwei Szenarien für den weiteren Fortgang der Krise möglich. Am wahrscheinlichsten ist es, dass man sich nach weiteren rhetorischen Konfrontationen auf das „kleine Paket“ einigen wird. Als möglicher Wahltermin gilt dabei der 9. September 2007. Auch wenn die tatsächlichen Veränderungen in der Zusammensetzung des Parlaments anschließend nur klein wären, zeigt sich eine Tendenz in Richtung der Bildung einer großen Koalition zwischen der Partei der Regionen und Nascha Ukraina in diesem Fall. Diese Idee wird nicht zuletzt deswegen populärer, weil nach Meinung vieler Beobachter nur in dieser Konstellation die notwendigen Anpassungen der Verfassungsordnung und Kompetenzabgrenzungen erfolgversprechend in Angriff genommen werden könnten. Sowohl die Partei der Regionen als auch Nascha Ukraine befürworten ausdrücklich die Einsetzung einer Verfassungskommission nach den Neuwahlen. Beide scheinen sich darüber hinaus auch darüber einig zu sein, Julia Timoschenko als Ministerpräsidentin der Ukraine möglichst zu verhindern.

Sollte die beschriebene Einigung nicht zustande kommen, könnte die zweite Variante im schlimmsten Fall dazu führen, dass Präsident Juschtschenko

durch den Nationalen Sicherheitsrat die Regierung auflöst. In diesem Fall wird sich die Regierung ihrer Entmachtung widersetzen. Es würde im Konflikt in der Ukraine damit schließlich doch noch der Punkt überschritten, ab dem nur noch durch die Hilfe ausländischer Vermittler eine Beilegung der Krise möglich ist.

Weitere kursierende Varianten, wie die Durchführung der Neuwahlen unter Boykott in der Ostukraine, gleichzeitige Parlaments- und Präsidentschaftswahlen oder gar Neuwahlen erst nach Verabschiedung einer komplett neuen Verfassung sind unwahrscheinlich und dienen wohl vor allem als Drohkulissen.

Resümee

„Nach der Krise“ wird in Kiew auch in diesem Fall sehr wahrscheinlich „vor der Krise“ sein. Eine Beilegung des Konflikts wird nur vorläufigen Charakter haben. Die Schief lagen in der Verfassungsordnung, die eklatanten handwerklichen Fehler der Verfassungsänderungen von Anfang 2006 und der tiefe Rechtsnihilismus der Eliten machen weitere, periodisch auftretende Konfrontationen zwischen Parlament und Präsident sehr wahrscheinlich. Das „kleine Paket“ der Einigungen auf dem Wege des minimalen Konsenses vor den Neuwahlen wird als Grundlage selbst für mittelfristige Stabilität kaum ausreichen.

Die von den Konfliktgegnern angeregte Aufnahme der Verfassungsdiskussion nach den Neuwahlen ist notwendig und wünschenswert. Angesichts der beschriebenen Akteure und Kultur der Verhandlungsführung wird die Arbeit eines

solchen Gremiums wohl aber kaum kurzfristige Ergebnisse produzieren.

Das politische System der Ukraine und die politischen Eliten befinden sich in einem beklagenswerten Zustand. Für die weitere Konsolidierung der ukrainischen Demokratie scheint das wenig ermutigend. Die führenden Parteien sind weitgehend diskreditiert, die Populismusanfälligkeit steigt signifikant, die demokratischen Kerninstitutionen Parlament und Präsident haben beide stark gelitten. Das Verfassungsgericht ist diskreditiert und die katastrophale rechtsstaatliche Situation der Ukraine trat einmal mehr deutlich zutage.

Eine wesentliche Erkenntnis bahnt sich in Kiew jedoch langsam ihren Weg. Trotz allen Ziehens und Zerrens und der fortwährenden Mobilisierung aller auch nur denkbaren Instrumente auf beiden Seiten der politischen Auseinandersetzung führt letztlich kein Weg am Kompromiss vorbei. Aufgrund der soziokulturellen und politischen Pattsituation gelingt es weder dem Lager des Präsidenten noch dem des Ministerpräsidenten eine eigene „Tyrannei der Mehrheit“ zu etablieren. Die wachsende Einsicht in die Notwendigkeit des Kompromisses führt derzeit auf beiden Seiten des Konflikts zu weitergehenden Überlegungen. Sowohl Juschtschenko als auch Janukowitsch streben klare institutionelle Regelungen an, die einmal gefasste Kompromisse auch effektiv absichern können. Vor dem geschilderten Hintergrund ist der Weg zu diesen wirksamen Institutionen in der Ukraine noch ein steiniger und langer – aber er ist der richtige.

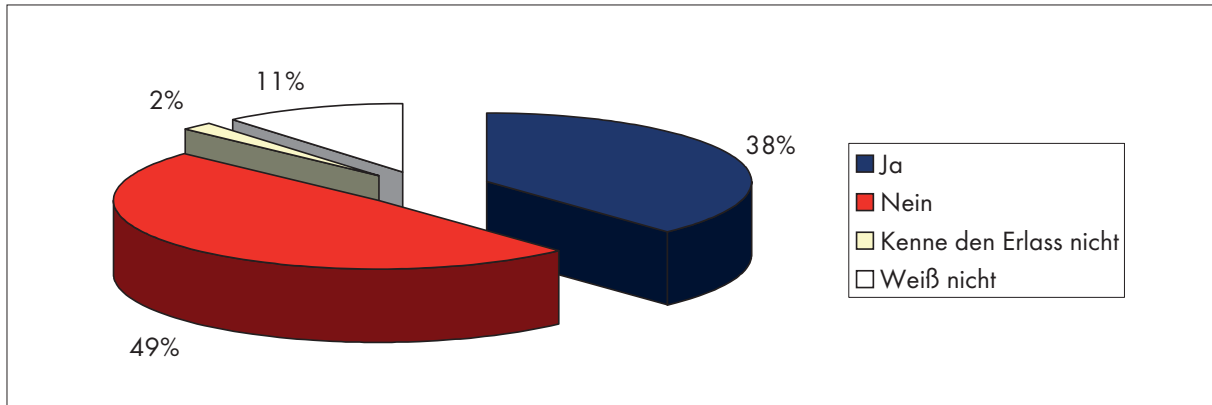
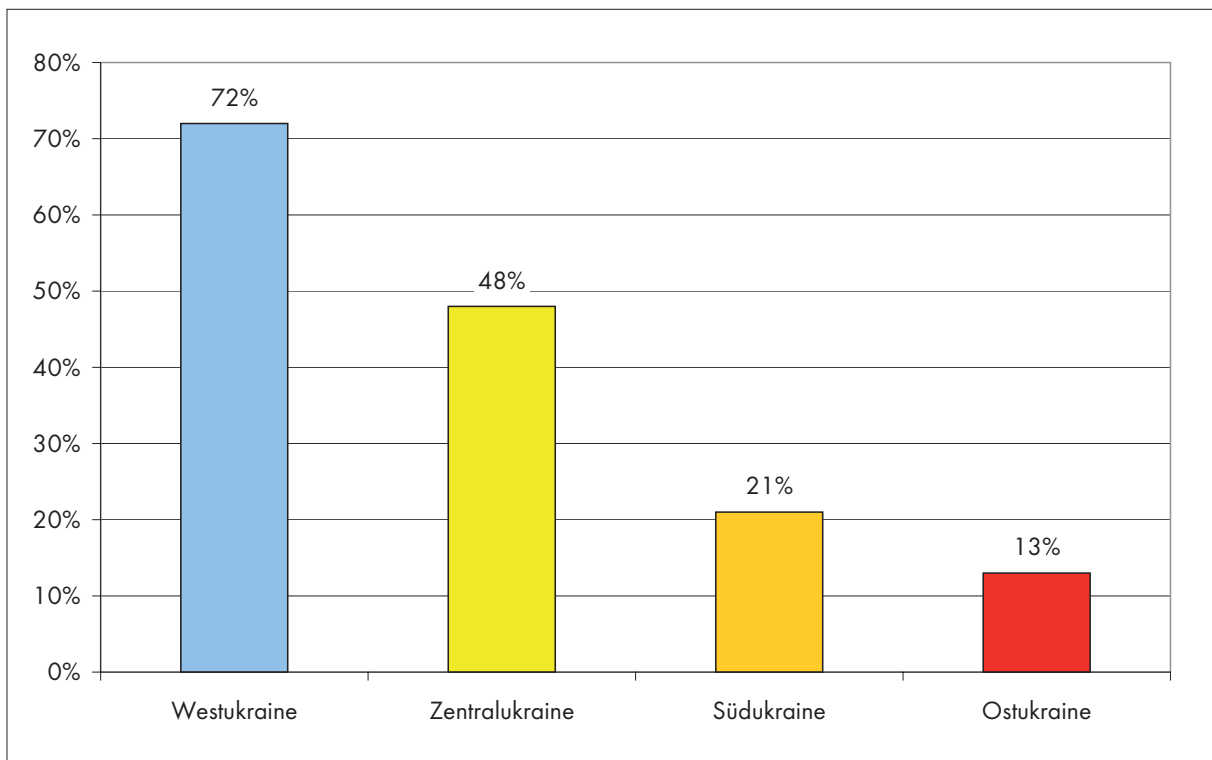
Über den Autoren

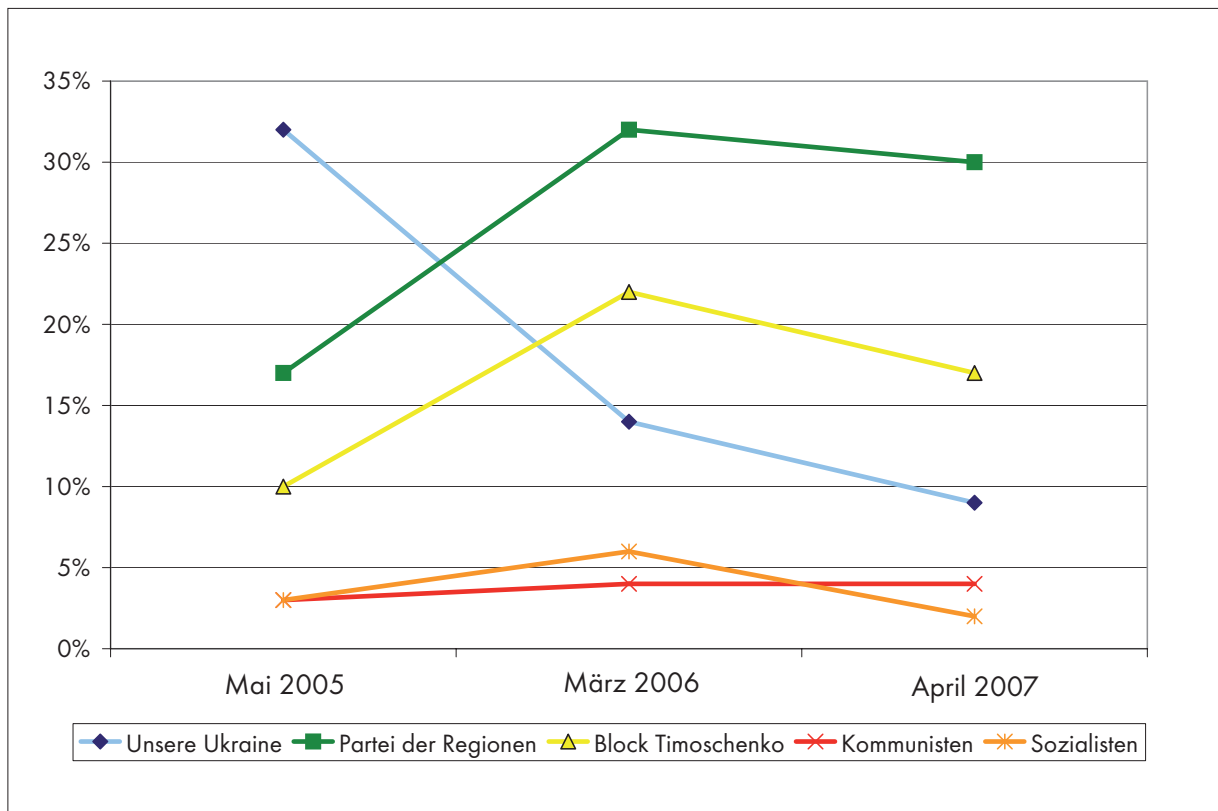
Nico Lange ist Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung für die Ukraine und leitet das Büro der Stiftung in Kiew.

Dokumentation

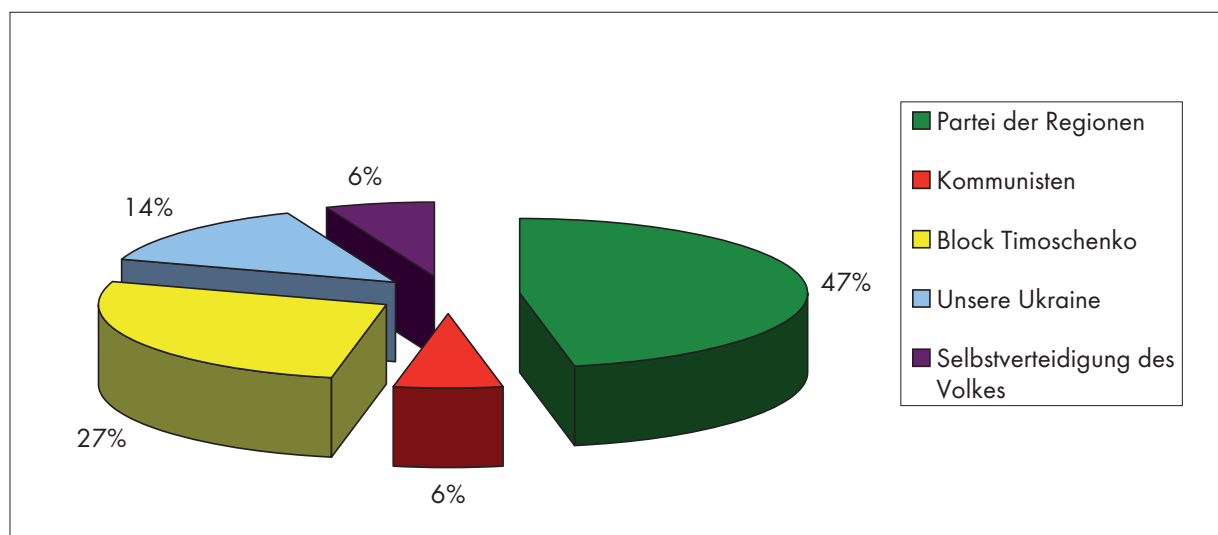
Die aktuelle politische Stimmung der ukrainischen Bevölkerung

Repräsentative Umfrage des FOM-Ukraine Ende April 2007

http://bd.fom.ru/report/map/projects/fom_ukraine/du070601
Grafik 1: Billigen Sie persönlich den Erlass des Präsidenten zur Parlamentsauflösung?

Grafik 2: Zustimmung zur Parlamentsauflösung nach Regionen


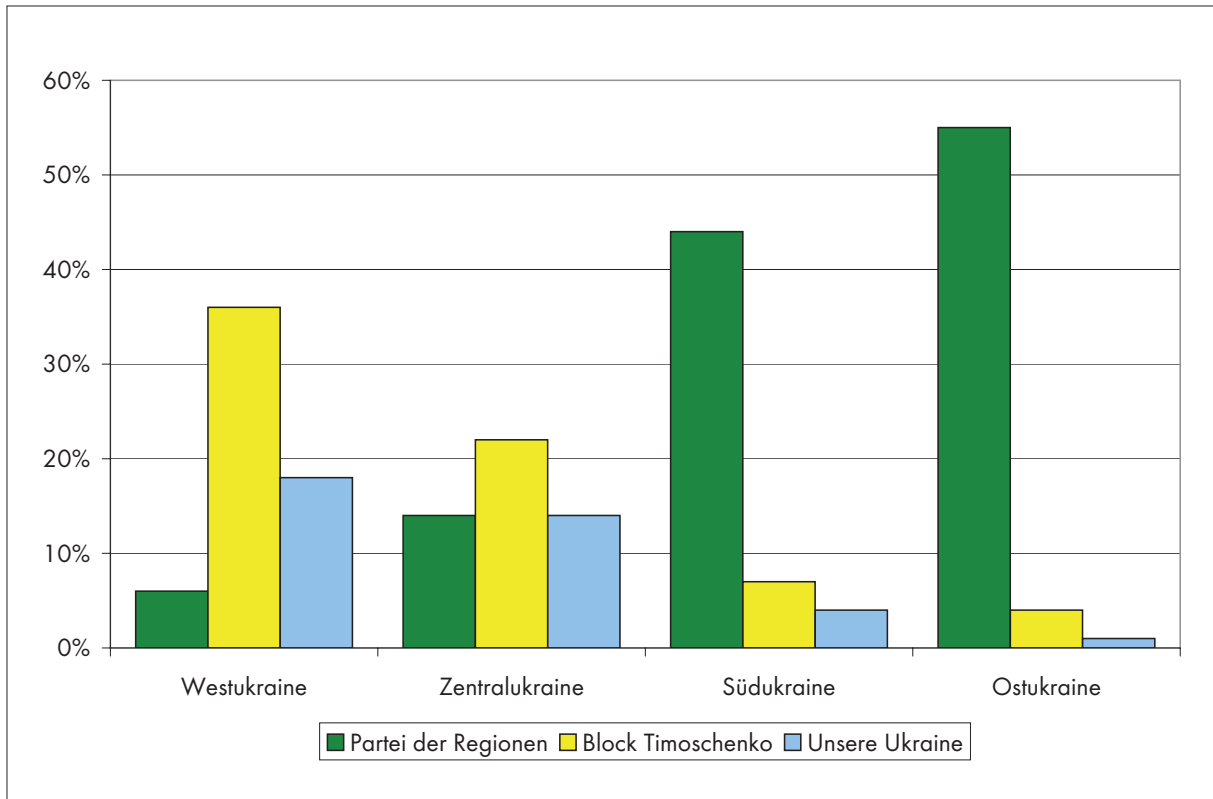
Grafik 3: Welche Partei würden Sie wählen, wenn Sonntag Parlamentswahlen wären?


Anmerkung: Zahlen für März 2006 entsprechen dem Wahlergebnis.

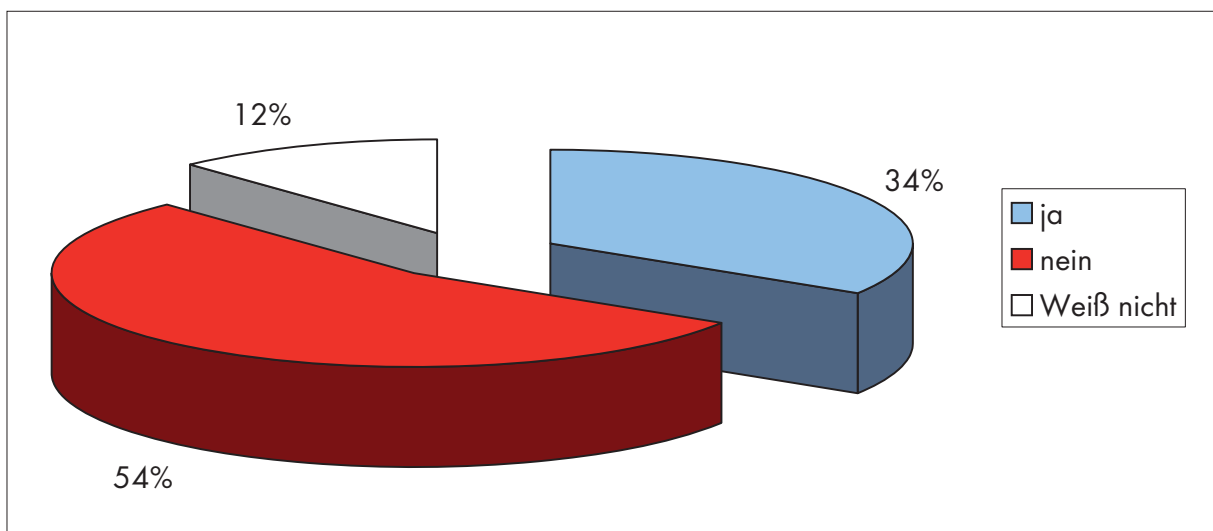
Grafik 4: Hypothetische Fraktionsgrößen gemäß Wahlprognose April 2007


Eigene Berechnung

Grafik 5: Regionale Parteipräferenzen



Grafik 6: Glauben Sie, dass sich mit Hilfe von Massenprotesten Lösungen für das eine oder andere Problem erreichen lassen?



Chronik

Vom 7. bis zum 21. Mai 2007

7.5.2007	Eine Explosion zerstört in der Region Kiew einen 30 Meter langen Abschnitt einer Erdgastransitpipeline von Russland durch die Ukraine. Die Erdgaslieferungen in die EU können trotzdem beibehalten werden. Die EU Kommission fordert die Ukraine jedoch zu einer Renovierung des Pipelinenetzes auf.
10.5.2007	Bei einem Treffen mit der gemeinsamen Arbeitsgruppe von Regierungskoalition und Opposition zur Beilegung der politischen Krise erklärt Präsident Viktor Juschtschenko, dass innerhalb von 10 bis 15 Tagen ein Kompromiss über Neuwahlen erreicht werden müsse. Sonst sei er gezwungen, eine Entscheidung durch den Nationalen Sicherheitsrat zu suchen.
10.5.2007	Ministerpräsident Viktor Janukowitsch ruft die EU und Russland auf, im politischen Konflikt zu vermitteln.
10.5.2007	Präsident Viktor Juschtschenko verfügt die Entlassung des Verfassungsrichters Wolodimir Iwaschtschenko wegen „Verletzung des Amtseides“. Er ist bereits der dritte Verfassungsrichter, den Juschtschenko seit der Verfügung der Parlamentsauflösung entlassen hat.
11.5.2007	Olexander Moros, Parlamentspräsident und Vorsitzender der Sozialisten, fordert die Verhandlungen im Rahmen der Arbeitsgruppe auszusetzen, bis die von Präsident Viktor Juschtschenko „illegal“ entlassenen Verfassungsrichter wieder eingesetzt seien. Der Konflikt könne nur durch ein Urteil des Verfassungsgerichts gelöst werden.
12.5.2007	Präsident Viktor Juschtschenko und Ministerpräsident Viktor Janukowitsch treffen sich, um den Stand der Verhandlungen der Arbeitsgruppe zu besprechen. Die Sprecher der beiden Seiten betonen anschließend ihre ursprüngliche Haltung. Präsident Juschtschenko erwarte eine Entscheidung über den Wahltermin binnen 4 Tagen. Die Regierungskoalition erklärt hingegen, der Präsident sei nicht kompromissbereit und wolle die Macht usurpieren.
12.5.2007	Nachdem Witali Haiduk um seine Entlassung als Sekretär des Nationalen Sicherheitsrates nachgesucht hat, ernennt Präsident Viktor Juschtschenko Iwan Pljuschtsch zu seinem Nachfolger.
15.5.2007	Taras Tschornowil, ein Abgeordneter der Regierungskoalition, wirft der „Kriegspartei“ um den Präsidenten vor, Massenunruhen provozieren zu wollen, um über einen nationalen Notstand die Macht zu usurpieren.
16.5.2007	Auf einer Kabinettsitzung erklärt Ministerpräsident Viktor Janukowitsch, dass er erst nach einem Verfassungsgerichtsurteil über einen Termin für Neuwahlen entscheiden werde. Trotzdem sei es erforderlich, schon jetzt die gesetzliche Grundlage für etwaige Neuwahlen zu schaffen.
16.5.2007	Die Arbeitsgruppe konnte sich bisher nicht auf eine gemeinsame Position einigen. Ein Treffen zwischen Präsident Viktor Juschtschenko und Ministerpräsident Viktor Janukowitsch verläuft ergebnislos.
16.5.2007	Auf dem Kiewer Unabhängigkeitsplatz demonstrieren 20.000 Anhänger der Regierungskoalition.
17.5.2007	Der Vorsitzende des Verfassungsgerichtes, Iwan Dombrowski, erklärt seinen Rücktritt. Sein Nachfolger wird Waleri Ptschenitschni, obwohl Präsident Viktor Juschtschenko am 30.4. seine Entlassung verfügt hatte. Die Entlassung war von einem Donetsker Bezirksgericht annulliert worden. Gegen diese Entscheidung hatte die Präsidentsialadministration jedoch vor einem höheren Gericht erfolgreich Berufung eingelegt.
18.5.2007	Präsident Viktor Juschtschenko erklärt, dass die Neuwahlen auf jeden Fall vor Oktober stattfinden werden.
21.5.2007	Verfassungsrichter Dmitri Lilak ersucht Präsident Viktor Juschtschenko um seine Entlassung.
21.5.2007	Das Verfassungsgericht teilt mit, dass es das Verfahren zum ersten Präsidentsialerlass zur Parlamentsauflösung eingestellt habe und jetzt stattdessen den zweiten Erlass behandle.
21.5.2007	Am Nachmittag treffen sich Präsident Viktor Juschtschenko und Ministerpräsident Viktor Janukowitsch zu einer mehrstündigen Krisensitzung. Am Folgetag erklärt Juschtschenko, dass bis zum Ende der Woche das endgültige Datum für die vorgezogenen Neuwahlen zum Parlament bekanntgegeben werde. Janukowitsch betont, dass die entsprechenden Gesetze zur Gestaltung der Neuwahlen vom Parlament verabschiedet werden müssen.

Die Ukraine-Analysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

ISSN 1862-555X © 2007 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.ukraine-analysen.de

Lesehinweis

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa

Russlandanalysen

Die „Russlandanalysen“ bieten wöchentlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

kultura. Russland-Kulturanalysen

Die Russland-Kulturanalysen diskutieren in kurzen, wissenschaftlich fundierten, doch publizistisch-aufbereiteten Beiträgen signifikante Entwicklungen der Kultursphäre Russlands. Jede Ausgabe enthält zwei Analysen und einige Kurztexte bzw. Illustrationen. Erscheinungsweise: monatlich, in je einer deutschen und englischen Ausgabe.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatliche eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatliche eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.polen-analysen.de>

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik sowie zur Ukraine. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

FSO-Fernsehtipps

Die „FSO-Fernsehtipps“ bieten zweiwöchentlich einen Überblick über Sendungen mit Bezug auf Ost- bzw. Ostmitteleuropa im deutschsprachigen Kabelfernsehen. Vorrangig erfaßt werden Spiel- und Dokumentarfilme aus und über osteuropäische Länder. Der Schwerpunkt liegt auf der Sowjetunion und ihren Nachfolgestaaten (vor allem Russland), Polen, Tschechien, Slowakei und DDR.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de